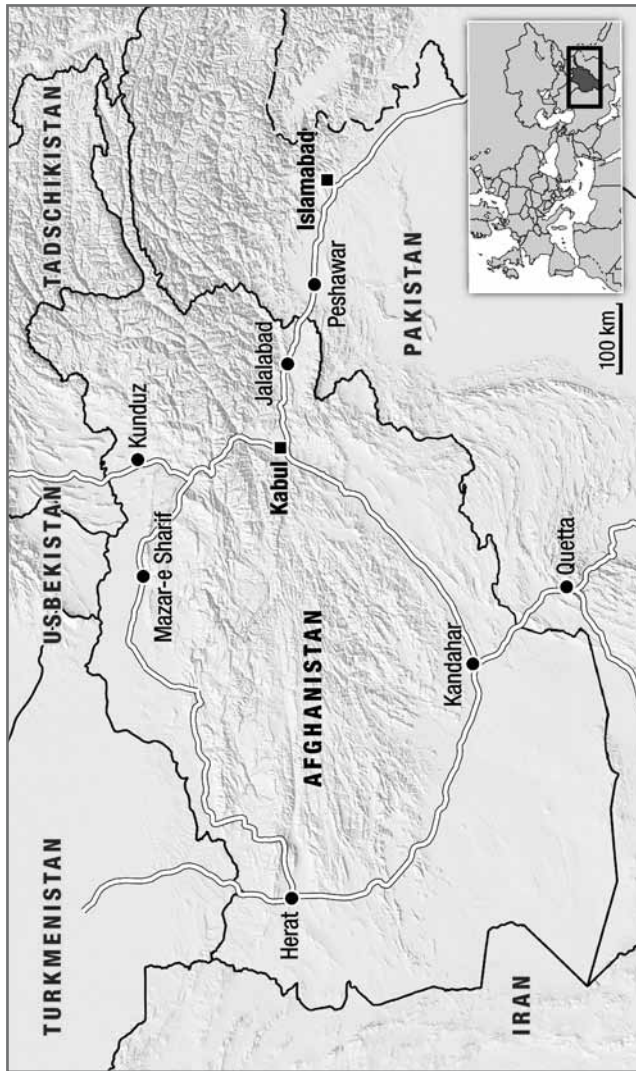


**DER UNERKLÄRTE KRIEG
DEUTSCHLANDS SELBSTBETRUG IN AFGHANISTAN**

Standpunkte: unbequeme Einsichten, provokante Ansichten, weit-sichtige Vorschläge. Die sich in der Essayreihe »Standpunkte« zu Wort melden, wollen die Debatte über grundsätzliche und aktuelle Fragen der Politik vertiefen und in die Breite tragen. Die Klarheit der Argumentation lädt den Leser ein, die eigene Meinung zu schärfen – und sie ebenso energisch zu vertreten.

Der unerklärte Krieg Deutschlands Selbst- betrug in Afghanistan

EIN STANDPUNKT VON STEFAN KORNELIUS



Roger de Weck

Afghanisches Chaos, deutsche Unordnung

Es kann sein, dass deutsche und europäische Außenpolitik fortan im Zeichen der ständigen Überforderung stehen wird. Die multipolare Welt stellt nämlich höchste Ansprüche an alle. Keine Großmacht, kein Bündnis, geschweige denn eine internationale Organisation ist stark genug, im Alleingang für Stabilität zu sorgen. Das multipolare »Jeder-gegen-jeden« des 19. Jahrhunderts, als europäische Mächte ihre Gleichgewichtsspiele trieben und oft aus dem Lot gerieten, ist da eine Warnung: Im atomaren Zeitalter hätten missratene Balanceübungen noch viel verheerendere Folgen. Zudem strahlen regionale Konflikte, per Terrorismus, überallhin aus. In einer labilen Welt wird es aber schwer, die unerlässliche »Weltinnenpolitik« zu gestalten: Kampf gegen Hunger und für Menschenrechte, Klimaschutz, einen neuen Rahmen für die globale Wirtschaft.

Das ist der Hintergrund des Kriegs in Afghanistan. Siegen dort die Taliban, siegen sie später auch in Pakistan. Siegen sie in Pakistan, haben sie die Atombombe. Haben sie Atombomben, wird sich jeder vorwerfen, einschließlich China und Russland, dagegen zu wenig vorgesorgt zu haben. Oder wird doch der Westen siegen? Derzeit kann er weder gewinnen, noch darf er verlieren. Seine Niederlage böte den Taliban freie Hand – ein Schreckensszenario. Trotzdem »ist die Bedrohung für die Deutschen abstrakt und fern, viel weiter weg als die Konfrontation aus dem Kalten Krieg«, vermerkt Stefan Kornelius. Dabei kann Berlin nicht einfach tatenlos hinnehmen, dass »die bevölkerungsreichste Region

der Erde mit den wichtigsten Rohstoffquellen, dass zentrale Handelswege und traditionelle Partner in eine gewaltige Zone der Instabilität« abgleiten.

Gefährlicher als dieser Krieg wäre es, ihn nicht zu führen – das ist Kornelius' These. In der Tat hat bislang kein Kritiker des Afghanistan-Einsatzes eine Gegenstrategie entworfen, wie sich elementare deutsche Interessen (angefangen bei der Abwehr eines Zugriffs der Taliban auf Atomwaffen) gescheitert verfechten ließen. Ebenso heuchlerisch ist, dass Deutschland einen Krieg führt, der nach offizieller Berliner Lesart gar keiner ist. So wird die Bundeswehr an den Hindukusch entsandt, aber auf Schritt und Tritt daran gehindert, dort wirksam zu agieren.

Vielleicht wird der Afghanistan-Krieg in die Geschichte eingehen als ein erster Versuch von Überforderten, mit ihrer Überforderung zu leben, um sie allmählich zu meistern. Ohne Aussicht auf raschen Kriegserfolg. Aber auch ohne Alternative. Es ist das Verdienst dieses so kenntnis- und erkenntnisreichen Essays, durch das afghanische Chaos und die deutsche Unordnung hindurch Klarheit zu schaffen. Ein eindrucksvoller Beitrag zu mehr Kohärenz der Berliner Außen- und Sicherheitspolitik.

Berlin, im Mai 2009

1. Eine Kriegserklärung

Die Zeit der Kriegserklärungen ist vorbei. Kein berittener Bote überbringt mehr einen versiegelten Umschlag, in dem eine diplomatische Note mit Termin und Modalität eines Waffengangs steckt. Keine Depesche löst mehr eine Krise zwischen zwei Staaten aus. Kriege des 21. Jahrhunderts werden nicht angekündigt. Sie kommen schleichend daher, werden Instabilität genannt oder Konflikt. Dann nimmt die Gewalt zu, aber Ursache und Ziel bleiben im Vagen, so ähnlich wie auch die Beteiligten an dem Krieg zunächst lieber im Verborgenen agieren. Irgendwann eskaliert die Gewalt, und Streitkräfte werden in Bewegung gesetzt, Bomben geworfen. Dann nimmt die Dynamik wieder den umgekehrten Verlauf: Die Kämpfe flauen ab, bis es nur noch zu Scharmützeln kommt, zu Spannungen, Instabilitäten. Wirklichen Frieden kennen die Staaten oder die Regionen nicht, die von diesen Konflikten des 21. Jahrhundert heimgesucht werden. Afghanistan ist so ein Staat.

Kriege im 21. Jahrhundert ignorieren Grenzen. Grenzen sind irrelevant, weil Kriege in der Regel nicht zwischen Staaten geführt werden. Und weil Grenzen unbedeutend sind, ist niemand mehr vor Kriegen geschützt. New York, Madrid, Wana oder Kandahar – Krieg kann überall sein. Auch weil Kriege keine Grenzen kennen, werden sie nicht mehr erklärt. Denn: Wer sollte wem seine Feindschaft mitteilen?

Dennoch besteht ein hohes Bedürfnis nach einer Kriegserklärung. Den »Krieg erklären«, erläutern, ihn in Worte fassen – mehr denn je müssen diese simmernden, aufko-

chenden, immer gefährlicheren Konflikte einer großen Menge Menschen nahegebracht werden. Die Kriegserklärung des 21. Jahrhunderts ist eine öffentliche Aufgabe. Sie kann nicht in Umschläge gepackt und versiegelt werden. Weil Krieg universell ist – durch die immer präsenten Medien in einer ständig hungrigen Informationsgesellschaft –, müssen seine Ursache und sein Verlauf klar gemacht werden. Das ist die Pflicht der demokratischen und offenen Staaten, die den Kriegen des 21. Jahrhunderts ihren asymmetrischen Charakter nehmen wollen, die den Krieg aus seinem schummrigen, diffusen Schauplatz ans Licht zerren möchten. Klarheit und Offenheit, das sind wertvolle Güter: Woher rührt der Konflikt, wie kommt man heraus, wer gehört – ganz banal gesagt – zu den Guten, wer zu den Bösen? Die von Terroristen angetriebenen Konflikte haben zum Ziel, freie Gesellschaften unfrei zu machen, Angst zu säen und Unsicherheit zu schaffen. Terror lebt davon, dass der Gegner unwissend ist, die Terroristen im Dunkeln bleiben dürfen. Deswegen gehört eine moderne Kriegserklärung zu jeder Demokratie, die in einen dieser neomodischen Kriege des 21. Jahrhunderts hineingezogen wird. Wer die Wahrheit nicht sagt, wer sich verschanzte und sich selbst belügt, der spielt dem Gegner in die Hände.

Moderne Kriege können nicht durchgestanden werden, wenn die Mehrheit in einer Demokratie die Gefolgschaft verweigert. Demokratien sind nicht wirklich geschaffen zur Kriegsführung. Keine Gesellschaft bringt gerne Opfer, demokratische Gesellschaften ganz besonders nicht. Tote Soldaten und Zivilisten setzen Demokratien unter Druck, können Wählermassen bewegen und Regierungen stürzen. Kriegseuphorie ist ein Phänomen der Vergangenheit.

Deutschland kennt seine Vergangenheit. Es hat Lehren daraus gezogen und sich vom militärischen Geschäft ferngehalten. In seiner Nachbarschaft hat es ein System zur Konfliktvermeidung geschaffen, das es in der Welt kein zweites Mal gibt: die Europäische Union. Deutschland hat sich außerdem einem Militärbündnis angeschlossen, das schon qua Größe und Schlagkraft so abschreckend wirken soll, dass eine kriegerische Auseinandersetzung mit einem Feind ausgeschlossen werden kann. NATO und EU – ein ideales Paket für ein postbellizistisches Zeitalter.

Und doch hat der Krieg des 21. Jahrhunderts Deutschland eingeholt. Deutschland führt Krieg in Afghanistan, weil die USA, der wichtigste Partner im Militärbündnis NATO, von Terroristen angegriffen wurde und der Angriff aus Afghanistan heraus gesteuert wurde. Deutschland führt Krieg in Afghanistan, weil die Weltgemeinschaft feststellte, dass aus diesem Land eine der größten Bedrohungen dieser Zeit erwächst, dass Afghanistan ein zerfallener Staat ist, der wieder aufgerichtet werden muss.

Deutschland führt Krieg, aber vom Krieg darf man nicht sprechen. Die Rede ist von einem Stabilisierungseinsatz, von einer Mission zur Unterstützung des Staatsaufbaus. Krieg darf das nicht sein, weil Krieg einen völkerrechtlich souveränen Gegner voraussetzt, und weil die Versicherungen die Policen nicht auszahlen, wenn ein Toter aus einem Kriegsgebiet zu beklagen ist.

Der Streit um die richtige Terminologie ist nur eine von vielen Unehrlichkeiten, die den Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch begleiten. Aber er ist symptomatisch für einen großen politischen Selbstbetrug, dem das Land erliegt. Vieles an diesem Afghanistan-Einsatz ist unausgesprochen,

halbgar, unwahr und heuchlerisch. Der Einsatz ist un bequem, wahrscheinlich ist er sogar ungewollt. Vor allem aus bündnispolitischer Rason hat die rot-grüne Bundesregierung 2001 die Entsendung von Soldaten beschlossen, und die große Koalition hat die Entscheidung immer wieder bestätigt.

Im achten Jahr des Einsatzes zeigt sich stärker denn je, dass Politik und Öffentlichkeit in Deutschland nicht mehr Schritt halten mit der Dynamik in Afghanistan. Die Verdrücktheit, die den Einsatz von Beginn an begleitete, hat sich zu einem Knäuel von Widersprüchen, politischen Halbwahrheiten und militärischem Unfug verdichtet. Währenddessen ändert sich die Lage in Afghanistan in hohem Tempo. Was einmal wirklich als stabilisierender Einsatz zum Schutz einer Zentralregierung begonnen hat, entwickelt sich zu einem veritablen Überlebenskampf für das neue Afghanistan. Unter dem Ansturm der wiedererstarkten Taliban erkennt die Weltgemeinschaft, dass ihre Glaubwürdigkeit auf dem Spiel steht, wenn sie das Land nun fluchtartig verlässe und erneut einem Zyklus von Krieg und Gewalt auslieferte.

Die neue US-Regierung unter Barack Obama hat deshalb als erste außenpolitische Maßnahme eine strategische Überprüfung des Einsatzes angeordnet. Das Ergebnis liegt nun vor und beeindruckt: Zum ersten Mal seit Beginn des Krieges scheint die Komplexität des Afghanistan-Problems von den USA erfasst worden zu sein. Zum ersten Mal werden alle ethnischen, religiösen, kulturellen, geografischen und ökonomischen Faktoren zu einem vernünftigen Gesamtbild verwoben. Der eigentliche Kriegsherd, das paschtunische Siedlungsgebiet dies- und jenseits der pakistanisch-afgha-

nischen Grenze, wird als zentrales Problem erkannt – keine Sekunde zu früh, da die Taliban wie eine Meute hungriger Wölfe über den schwachen pakistanischen Staat herfallen und dort den nächsten großen Konflikt suchen. Die US-Strategie bemüht sich um eine Lösung, und die besteht im Kern aus zwei Botschaften: Schluss mit der Heuchelei, mehr Ehrlichkeit über das gewaltige Ausmaß der Aufgabe. Und zweitens: Afghanistan ist zu retten, wenn sich alle dieser gewaltigen Anstrengung anschließen – militärisch und beim zivilen Aufbau.

Deutschland verschließt sich dieser Botschaft. Wie in einem Schweigekartell haben sich Bundesregierung, Abgeordnete des Bundestags und die militärische Führung der Bundeswehr zusammengesetzt, um die unangenehmen Probleme des Einsatzes zunächst nicht anzurühren. Ehrlichkeit ist schwierig, weil eine fürchterliche Drohung über dem Einsatz hängt: Afghanistan könnte missbraucht werden im Wahlkampf. Das Jahr 2002 hatte bewiesen: Mit dem Thema Krieg und Frieden lassen sich Wahlen gewinnen. Komplexe außenpolitische Probleme können mühelos zur innenpolitischen Keule umfunktioniert werden. Die Angst vor dem parteipolitischen Missbrauch lähmt die Politik und lässt die militärische Führung in Furcht erstarren.

Ehrlich hingegen wäre es zuzugeben, dass der relativ stabile Norden des Landes derart viele Soldaten gar nicht braucht. Und falls es die Militärplanung dennoch für nötig hielte, 3500 Bundeswehrangehörige in drei Lagern zu kasernieren, so müsste sie wenigstens eingestehen, dass ein stabiler Norden allein nichts nützt, wenn der Süden an die Taliban fällt, später vielleicht sogar die Hauptstadt. Ehrlich wäre es zuzugeben, dass der defensive Auftrag für die Solda-

ten zu absurden militärischen Situationen führt, ja, dass die auferlegte Zurückhaltung die Soldaten sogar eher gefährdet statt sie zu schützen. Ehrlich wäre es auch zuzugeben, dass die mit großem politischem Theater nach Afghanistan verlegten Tornados operativ nutzlos sind und lediglich als Beruhigungsgabe für nicht erbrachte Leistungen an anderer Stelle im Bündnis dienen. Ehrlich wäre es außerdem zuzugeben, dass Deutschland bei der Polizeiausbildung gescheitert ist. Das Land, das sich zum Aufbau einer afghanischen Polizei verpflichtet hatte, kapitulierte vor der Größe der Aufgabe. Und ehrlich wäre es schließlich auch zuzugeben, dass der zivile Aufbau einer beängstigenden Routine verfallen ist und dem eigentlichen Bedarf nicht gerecht wird – vor allem nicht im Süden des Landes.

Im Frühjahr 2009 geriet die Bundeswehr unter bisher ungewohnten Druck im Norden Afghanistans. Die Taliban hatten sich neu formiert und verstärkten ihre Angriffe auch im deutschen Einsatzgebiet. Ein Soldat kam in einem militärisch geplanten Hinterhalt ums Leben. Plötzlich mussten sich die Soldaten Gefechte liefern, wie man sie sonst nur aus dem Süden kannte. Die afghanische Realität holte auch die Deutschen ein, die plötzlich zu reagieren begannen. Ein Strategiewechsel? Oder nur ein kurzfristiger Behauptungsdrang? Die Bundesregierung und die Führung der Bundeswehr agierten nervös im neuen Spannungsfeld militärischer Provokation und innenpolitischem Druck, wenige Wochen vor der Bundestagswahl.

Deutschland stand einst Pate für den politischen Wiederaufbau Afghanistans. Ein Jahrhundert lang pflegte es hervorragende Beziehungen zu den Herrschern in Kabul, und die Deutschen genießen auch heute noch hohes An-

sehen unter den Afghanen. Die Wertschätzung aber wird nicht erwidert. Heute interessiert sich Deutschland nicht wirklich für das Land, obwohl es seine Soldaten dort großen Gefahren aussetzt und obwohl es seine außenpolitische Glaubwürdigkeit am Hindukusch aufs Spiel setzt. Aber für diese Kategorien ist in der Öffentlichkeit die Sensibilität verloren gegangen. Afghanistan ist ein fernes Land, und der Krieg kümmert nicht wirklich. Die Soldaten der Bundeswehr spüren dieses Desinteresse. Und sie sehen den Widerspruch zwischen ihrem Einsatz und dem, was das ferne Land ihnen eigentlich abverlangt. Ihr Unbehagen haben sie dem Wehrbeauftragten mitgeteilt, der in seinem Bericht 2009 darüber klagte, dass die Truppe sich nicht ernst genommen fühle. Das Gefühl trügt nicht. Die Soldaten sind die Betrogenen. Sie sind die eigentlichen Opfer eines großen Selbstbetrugs.